



Die unterzeichneten Bezirksräte*innen der Grünen Alternative Margareten, SPÖ Margareten und KPÖ/Links Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 23. September 2025 folgenden

ANTRAG

Benennung des Wiental-Stegs in „Amalie-Seidel-Steg“

Die zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Wien werden ersucht, den bislang namenlosen Wiental-Steg, der die Bezirke Mariahilf und Margareten verbindet, in „Amalie-Seidel-Steg“ zu benennen.

Begründung

Der Wiental-Steg wurde 2015 im Zuge der Errichtung der WientalTerrasse beim Rosa-Janku-Park gebaut und verbindet die Bezirke Mariahilf und Margareten als barrierefreier Fußgänger:innensteg über den Wienfluss. Trotz wiederholter Diskussionen blieb der Steg bislang ohne Namen.

Amalie Seidel (1876–1952) war eine bedeutende sozialdemokratische Politikerin und Frauenrechtlerin, die sich zeitlebens für soziale Gerechtigkeit, Jugendfürsorge und die Rechte von Arbeiterinnen einsetzte. Sie organisierte den ersten Frauenstreik Österreichs („Streik der 700“) und war von 1919 bis 1923 Gemeinderätin in Wien sowie von 1919 bis 1934 Abgeordnete zum Nationalrat. Ihr Wirken ist eng mit den Bezirken Mariahilf und Margareten verbunden – unter anderem durch ihre Tätigkeit in der Gumpendorfer Appreturfabrik, im Arbeiterbildungsverein sowie als Vorsitzende des Frauenbezirkskomitees von Margareten.

Die Benennung des Stegs nach Amalie Seidel stellt eine würdige Erinnerung an eine Pionierin der österreichischen Frauenbewegung dar und entspricht dem Ziel, Verkehrsflächen verstärkt nach verdienten Frauen zu benennen.

BRin Julia Fritz

BR Klaus Mayer

BRin Claudia Krieglsteiner

Die unterzeichneten Bezirksräte*innen der Grünen Alternative Margareten & Neos Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 23. September 2025 folgenden

ANTRAG

Rüdigergasse Neu – Sicher, grüner, zukunftsfit

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, Möglichkeiten für eine Um- bzw. Neugestaltung der Rüdigergasse zu prüfen und entsprechende Umsetzungsschritte vorzubereiten.

Begründung

Die Rüdigergasse weist in einzelnen Abschnitten lediglich eine Gesamtbreite von 9,38 m auf. Bei beidseitigen Längsparkstreifen und schmalen Gehsteigen verbleibt damit eine Durchfahrtsbreite von nur etwa 2,30 m, was für das bestehende Verkehrsaufkommen gänzlich ungeeignet ist.

Die schmalen Gehsteige stellen für Kinderwagen und mobilitätseingeschränkte Personen ein erhebliches Problem dar. Gleichzeitig ist die verbleibende Durchfahrtsbreite für LKWs zu gering, wodurch beispielsweise ein Feuerwehreinsatz massiv behindert werden könnte – es besteht somit Gefahr in Verzug.

Eine Umgestaltung sollte im Sinne von „Straße fair teilen“ eine Verbesserung für alle Nutzer*innen bringen und durch ausreichende Begrünung der sommerlichen Überhitzung entgegenwirken. Der Durchzugsverkehr ist durch geeignete Maßnahmen einzuschränken, um ein konfliktfreies Miteinander im Straßenraum zu ermöglichen.

Durch das bereits abgeschlossene Beteiligungsverfahren steht die Umgestaltung der Rüdigergasse nun auf einem soliden Fundament – getragen vom breiten Rückhalt der Anwohner*innen.

BR Herbert Panek

BRin Julia Fritz

BR Raphael Neuwirth

BRin Sarah Mayer

Die unterfertigten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Margareten & Neos Margareten stellen gemäß §104 WStV bzw. §24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 23. September 2025 folgenden

ANTRAG

Grün & Sicher – Der Schulvorplatz der Zukunft

Die zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Wien werden ersucht, zu prüfen, wie im Zuge der Sanierung des neuen Schulstandortes in der Viktor-Christ-Gasse 10 der Schulvorplatz begrünt und zu einer verkehrsberuhigten Zone umgestaltet werden kann, die Sicherheit gewährleistet und ein gutes, stressfreies Ankommen der Kinder in der Bildungseinrichtung ermöglicht.

Begründung

Die Schaffung neuer, moderner und sanieter Schulstandorte ist essenziell für die Zukunft und die Jugend Wiens. Damit der Fortschrittsgedanke nicht an der Gebäudefassade endet, ist ein begrünter, kühler und verkehrsberuhigter Schulvorplatz eine zentrale Maßnahme bei der Gestaltung neuer Bildungsräume.

Ein solcher Vorplatz sorgt für Abkühlung an heißen Tagen, bietet sichere Aufenthaltsbereiche und gewährleistet geschützte Wege von und zur Schule. Damit wird ein Bildungsstandort geschaffen, der nicht nur heutigen Anforderungen entspricht, sondern auch den Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte standhält.

Kinder und Jugendliche verdienen die bestmöglichen Rahmenbedingungen – dazu zählt auch eine hochwertige, sichere und klimafitte Schulinfrastruktur, die Lernen und Wohlbefinden gleichermaßen fördert.

BR Simeon Gazivoda

BRin Julia Fritz

BR Markus Österreicher

BR Raphael Neuwirth



Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 23. September 2025 folgenden

ANTRAG

Sprachförderung für Kinder und Jugendliche am Nachmittag

Der Bezirksvorsteher wird ersucht, sich für eine Verbesserung der außerschulischen Sprachförderung im Bezirk einzusetzen und entsprechende niederschwellige Angebote am Nachmittag zu fördern.

Begründung

Margareten steht vor einer großen Herausforderung: Viele Schulneulinge im Bezirk starten mit einem deutlichen Sprachrückstand in ihren Bildungsweg. Wer aber die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrscht, kann sein Potenzial nur schwer entfalten. Sprache ist weit mehr als ein Lernwerkzeug – sie ist der Schlüssel zu Bildung, zu Freundschaften, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu einem selbstbestimmten Leben.

Um allen Kindern und Jugendlichen im Bezirk gleiche Startbedingungen zu ermöglichen, braucht es daher am Nachmittag leicht zugängliche Angebote, die nicht nur Wissen vermitteln, sondern Begeisterung wecken. Außerschulische Sprachförderung, die spielerisch stattfindet, die sich in den Alltag einfügt und die Gemeinschaft stärkt, wird so zu einer Investition in die Zukunft unseres Bezirks.

Denn jedes Kind, das seine Stimme findet, bereichert nicht nur das eigene Leben – es stärkt auch unser gemeinsames Miteinander in Margareten.

BRin Elena Jaklitsch

BR Simeon Gazivoda

BRin Lena Nanut

BRin Andrea Soleder

Die unterzeichneten Bezirksräte*innen der Grünen Alternative Margareten & ÖVP Margareten stellen gemäß § 19 Abs 5 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 23. September 2025 folgende

RESOLUTION

Stadtentwicklung Margareten nach den Kriterien des New European Bauhaus

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, Initiativen zu unterstützen, die das Miteinander fördern und eine inklusive, sozial nachhaltige Entwicklung im Sinne der New European Bauhaus-Prinzipien voranbringen.

Begründung

Margareten unterliegt als dicht bebauter innerstädtischer Bezirk einem hohen Nutzungsdruck des öffentlichen Raums. Um Inklusion und klimaresiliente Entwicklungen bestmöglich zu begleiten, bieten Initiativen, die sich an den Kriterien des NEB (New European Bauhaus) orientieren, eine wertvolle Chance. Sie können als Plattform für Austausch, Beteiligung und innovative Ideen dienen, die – im Geist des New European Bauhaus – Schönheit, Nachhaltigkeit und Inklusion vereinen. Durch die Förderung solcher Initiativen entstehen Räume, in denen gemeinschaftliches Handeln, kreative Gestaltung und ökologische Verantwortung zusammenfinden. So lassen sich nicht nur neue Formen der Zusammenarbeit in der Nachbarschaft etablieren, sondern auch die Lebensqualität im Bezirk durch ein stärkeres soziales Miteinander und ein attraktiveres, zukunftsfähiges Umfeld nachhaltig verbessern.

BRin Julia Fritz

BRin Lena Nanut

BR Nicolas Pawloff

BR Alexander Maly

Infotafel für den Steinpfad Siebenbrunnengasse 29

Die unterzeichnenden Bezirksräte:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die MA42, wird ersucht, die Anbringung einer Infotafel über die Geschichte und die Bedeutung des Steinpfads im Ruhe und Sinnesgarten in der Siebenbrunnengasse 29, zu veranlassen.

Begründung

Über einen mäanderartig angeordneten Pfad bestehend aus großen Gerölle aus den Flüssen Donau, Schwechat, Triesting, Piesting, Schwarza, Traisen, Erlauf, Ybbs, Enns, Mur, Rhein, Kremsfluss und Kamp überquert der/die Steinwanderer:in eine Strecke, die aufgerollt etwa 70 Meter lang ist und Millionen von Jahren alt ist. Die Gesteine sind, zwischen einer Million, im äußeren Bereich und mehreren hundert Millionen, im inneren Bereich, alt.

Der/die Steinwanderer:in beschreitet damit die sehr vielen Entwicklungsstadien unserer Erde in all ihren unterschiedlichen Epochen. Dieses in Wien wohl einmalige Bürger:innen Projekt wurde von zwei Margaretner:innen, Karin Moser und Prof. Dr. Dr. Godfrid Wessely initiiert. Mit der Unterstützung der damaligen Bezirksvorstehung und der Hilfe von engagierten Mitbürger:innen konnte dieses Projekt auch wirklich umgesetzt werden.

Leider ist dieses Paradebeispiel eines gelebten niederschwelligen Miteinanders durch das Fehlen einer Informationstafel bei vielen neuen Mitbürger:innen in Margareten in Vergessenheit geraten.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Mag.^a Claudia Hofstadler

BR Savin Abraham, MA

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

BRin Mag.^a Ingrid Kurath

BRin Nadja Puttner

BR Ko Alexander Maly

BRin Maria Böhm

Zukunftsworkstatt Verkehr 2025 bis 2030

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Der Herr Bezirksvorsteher Michael Luxenberger, MA, wird ersucht, das bereits im Frühjahr 2025 unter seiner Vorgängerin beschlossene Konzept für eine Zukunftsworkstatt Verkehr 2025 bis 2030 zu entwickeln und diese bis spätestens im Frühjahr 2026 abzuhalten.

Begründung

Die Verkehrspolitik in Margareten steht vor der Herausforderung, nachhaltige und zukunftsorientierte Lösungen zu entwickeln, die den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer*innen gerecht werden. Angesichts der zunehmenden Urbanisierung, des Klimawandels und der Notwendigkeit, die Wiener Lebensqualität nicht nur zu erhalten, sondern beständig zu verbessern, ist es unerlässlich, dass auch die Prämissen in der Verkehrspolitik Margareten auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit, der Barrierefreiheit und der Förderung des öffentlichen Verkehrs basieren.

Das bedeutet, dass wir den Ausbau und die Verbesserung von Fuß- und Radwegen und die Reduktion des Durchzugsverkehrs priorisieren, um umweltfreundliche Mobilitätsformen zu fördern, sowie den öffentlichen Nahverkehr attraktiver und zugänglicher gestalten müssen. Zudem sollten innovative Technologien und intelligente Verkehrssysteme integriert werden, um den Verkehrsfluss zu optimieren und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen zu gewährleisten.

In der Zukunftsworkstatt Verkehr 2030 soll miteinander die Grundbasis für eine ausgewogene und vorwärtsgewandte Verkehrspolitik erarbeitet werden, um eine gemeinsame Vorstellung der künftigen Bewegungs- und Beförderungssituation zu entwickeln. Darauf basierend können dann die passenden Instrumente zur Zielerreichung identifiziert werden.

Das Fundament bilden dafür die strategischen Vorarbeiten und Maßnahmen aus der bisher erfolgreichen Periode 2020 bis 2025, wie beispielsweise

- Entwicklungsplan öffentlicher Raum Wieden / Margareten / Mariahilf – Vision 2050
- Fußverkehrskonzept „Masterplan Gehen“
- Stellplatzanalyse Margareten

Die Teilnehmer*innen sollen die Diversität und unterschiedlichen Perspektive im Bezirk abbilden. Daher sollen Margarettner*innen, Geschäftstreibende und Gastronom*innen aus dem Fünften, sowie Stakeholder und Entscheidungsträger*innen aus der Wiener Verkehrspolitik eingeladen werden. Durch diesen Prozess können wir einen gerechten, umweltfreundlichen und lebenswerten Bezirk, der fit für die Zukunft ist, für alle schaffen.



Behindertenparkplatz Johannagasse 4b

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen in der Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, allen voran die MA 46 werden ersucht zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des personalisierten Stellplatzes nach §29 StVO immer noch vorliegen, und diesen gegebenenfalls ~~aufzulassen~~ * in einen allgemeinen Behindertenparkplatz umzuwandeln.

Anrainer:innen berichten, dass der genannte personalisierte Stellplatz seit geraumer Zeit ungenutzt leersteht. In diesem Fall ist eine umgehende Freigabe zur Linderung des Margaretner Parkplatzdrucks angezeigt.

Anhang

Foto: Jandl



BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Christian Seidl

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Installation von Hundekotbeutelspendern

Die unterzeichnenden Bezirksräti:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen, insbesondere die MA 48, werden ersucht, in der Jahngasse, Vogelsanggasse, Stauraczgasse, Wimmergasse sowie Ramperstorffergasse – jeweils im gesamten Verlauf – (zusätzliche) Hundekotbeutelspender zu installieren.

Begründung

In diesen Straßenzügen befinden sich bislang nur wenige oder keine Hundekotbeutelspender. Gleichzeitig werden diese Wege von vielen Hundebesitzer:innen genutzt, um mit ihren Tieren die nächstgelegenen Grünanlagen zu erreichen. Um eine Verschmutzung des öffentlichen Raums zu verringern und die Entsorgung von Hundekot zu erleichtern, ist die Installation zusätzlicher Spender sinnvoll. Damit wird nicht nur ein korrektes Verhalten der Hundehalter:innen unterstützt, sondern auch die Sauberkeit und Aufenthaltsqualität im Bezirk verbessert.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Mag.^a Claudia Hofstadler

BRin Nadja Puttner

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Antrag zur Umsetzung klimaresilienter Maßnahmen – Beschattung der Nevillebrücke

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ und NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden um zeitnahe Umsetzung von Maßnahmen zur Beschattung der Nevillebrücke erteilt.

Begründung

Dieses Anliegen wurde bereits vor einigen Jahren in einem Antrag aufgegriffen, beschlossen und in Folge auch in Gesprächen zwischen den Bezirkvorsteher:innen der Bezirkse Margareten und Mariahilf behandelt. Nach unserem Wissen gibt es zudem bereits Planungsunterlagen, die als Grundlage für eine Realisierung dienen können.

Angesichts der zunehmenden Zahl an Hitzetagen und der insgesamt steigenden Temperaturen in Wien ist die Nevillebrücke besonders betroffen: Sie stellt für viele Fußgänger:innen und Radfahrer:innen eine wichtige Verbindung dar, ist jedoch derzeit nahezu ungeschützt der direkten Sonneneinstrahlung ausgesetzt. Dies führt insbesondere im Sommer zu erheblichen Belastungen für die Menschen, die die Brücke regelmäßig nutzen.

Ziel ist es daher, die bestehenden Planungen zur Beschattung der Nevillebrücke zu prüfen, gegebenenfalls zu aktualisieren und anschließend konkrete Umsetzungsschritte einzuleiten. Möglichkeiten könnten unter anderem sein:

- bauliche Verschattungselemente,
- Begrünungen mit Kletterpflanzen oder Bäumen im unmittelbaren Brückebereich,
- innovative Lösungen wie textile Beschattungen oder modulare Elemente.

Wir ersuchen die zuständigen Stellen, die Realisierung dieses Projekts priorität aufzunehmen, um Margareten wirksam an die zunehmenden klimatischen Herausforderungen anzupassen und die Nevillebrücke als wichtige Verkehrs- und Aufenthaltsachse attraktiver und nutzerfreundlicher zu gestalten.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender SPÖ

BRin Mag^a Susanne Wouk-Djokovic

Sarah Mayer
Klubvorsitzende NEOS

Halbseitige Allee Siebenbrunnengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen in der Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden ersucht, die Erfolgsgeschichte der HALBSEITIGEN ALLEEN IN MARGARETEN in der Siebenbrunnengasse zwischen Siebenbrunnenplatz und Margareten Gürtel fortzuschreiben. Für den Fall von dem Vorhaben entgegenstehenden Straßeneinbauten soll alternativ mittels Baumbepflanzung in geeigneten Behältnissen (wie z.B. den Malmö-Trog) die Intention dieses Antrages umgesetzt werden.

Begründung

Klimawandel, Hitzerekorde und das Aufheizen versiegelter Flächen machen eine deutliche Erhöhung des Baumbestandes im öffentlichen Raum unumgänglich.

Anhang

Fotos: Van den Berk, Ebben



Halbseitige Allee Schönrunner Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen in der Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden ersucht, die Erfolgsgeschichte der HALBSEITIGEN ALLEEN IN MARGARETEN in der Schönrunner Straße zwischen Pilgramgasse und Kettenbrückengasse fortzuschreiben. Für den Fall von dem Vorhaben entgegenstehenden Straßeneinbauten soll alternativ mittels Baumbepflanzung in geeigneten Behältnissen (wie z.B. den Malmö-Trog) die Intention dieses Antrages umgesetzt werden.

Begründung

Klimawandel, Hitzerekorde und das Aufheizen versiegelter Flächen machen eine deutliche Erhöhung des Baumbestandes im öffentlichen Raum unumgänglich.

Anhang

Fotos: Van den Berk, Ebben



BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Christian Seidl

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Halbseitige Allee Johannagasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen in der Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden ersucht, die Erfolgsgeschichte der HALBSEITIGEN ALLEEN IN MARGARETEN in der Johannagasse im gesamten Verlauf fortzuschreiben. Für den Fall von dem Vorhaben entgegenstehenden Straßeneinbauten soll alternativ mittels Baumbepflanzung in geeigneten Behältnissen (wie z.B. den Malmö-Trog) die Intention dieses Antrages umgesetzt werden.

Begründung

Klimawandel, Hitzerekorde und das Aufheizen versiegelter Flächen machen eine deutliche Erhöhung des Baumbestandes im öffentlichen Raum unumgänglich.

Anhang

Fotos: Van den Berk, Ebben



Halbseitige Allee Arbeitergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen in der Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden ersucht, die Erfolgsgeschichte der HALBSEITIGEN ALLEEN IN MARGARETEN in der Arbeitergasse zwischen Reinprechtsdorfer Straße und Margareten Gürtel fortzuschreiben. Für den Fall von dem Vorhaben entgegenstehenden Straßeneinbauten soll alternativ mittels Baumbepflanzung in geeigneten Behältnissen (wie z.B. den Malmö-Trog) die Intention dieses Antrages umgesetzt werden.

Begründung

Klimawandel, Hitzerekorde und das Aufheizen versiegelter Flächen machen eine deutliche Erhöhung des Baumbestandes im öffentlichen Raum unumgänglich.

Anhang

Fotos: Van den Berk, Ebben



Anbringung von Bodenpiktogrammen zur Einhaltung der 30er-Zone vor ausgewählten Schulen im Bezirk

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, allen voran die MA 28 und MA46, werden ersucht, dass vor den folgenden Schulen im Bezirk Bodenpiktogramme, zur besseren Sichtbarmachung und Einhaltung der bestehenden 30 km/h-Zonen, installiert werden:

- HTL Spengergasse (Bereich Höhe Penny-Supermarkt)
- Volksschule Stolbergasse (vor dem Schulgebäude)
- Mittelschule Viktor-Christ-Gasse (Ecke Ramperstorffergasse / Viktor-Christ-Gasse)

Begründung

Kinder und Jugendliche benötigen auf dem Weg zur Schule besonderen Schutz. Insbesondere im Bereich stark frequentierter Kreuzungen und Übergänge stellt die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h einen entscheidenden Beitrag zur Verkehrssicherheit dar. Seit September ist zudem zu beobachten, dass immer weniger Schullots:innen bzw. Polizist:innen vor Schulen in Margareten im Einsatz sind. Umso wichtiger ist es, durch gut sichtbare Piktogramme auf die Temporeduktion aufmerksam zu machen und damit die Sicherheit für Kinder und junge Erwachsene nachhaltig zu erhöhen.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Hülya Aktunc

BR Savin Abraham, MA

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

BRin Mag.^a Ingrid Kurath

BRin Nadja Puttner

Eine WC-Anlage im 12A-Grätzl

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, allen voran die MA 48, werden ersucht, im 12A-Grätzl (Bereich unweit der 12A-Station Eichenstraße) eine fixe WC-Anlage zu errichten.

*mit Wickeltisch

Dabei soll dem Wunsch der Bevölkerung nach einer modernen, fassadenbegrünten und barrierefreien WC-Anlage mit diesem Antrag Rechnung getragen werden. Zudem bietet sich an, die geplante Anlage nachhaltig zu gestalten: durch die Installation einer Photovoltaikanlage auf der WC-Anlage kann ein Teil des Energiebedarfs gedeckt und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Zudem sollen die Kabinen der WC-Anlage mit Spritzenboxen ausgestattet sein.

Begründung

Die bislang vorhandene öffentliche Toilette in der Nähe ist seit längerer Zeit geschlossen. Dadurch entsteht für Anwohner:innen, Besucher:innen und Passant:innen ein erhebliches Problem, da keine adäquate sanitäre Infrastruktur mehr zur Verfügung steht.

Insbesondere die umliegende Gastronomie ist zunehmend gezwungen, ihre sanitären Einrichtungen für die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, was zu einer unzumutbaren Belastung für die Betriebe führt.

Ein funktionierendes Angebot an öffentlichen WC-Anlagen gehört zur Grundversorgung der Bevölkerung und ist insbesondere in belebten Stadtteilen, die von vielen Menschen frequentiert werden, unabdingbar.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRIn Ing.ⁱⁿ Gabriele Strasser

Offensive Altbauschutz in Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, das Gebiet umgrenzt von Margaretenstraße, Reinprechtsdorfer Straße, Siebenbrunnenfeldgasse, Einsiedlergasse, Siebenbrunnengasse, Margaretenring in das Programm „Offensive Altbauschutz“ aufzunehmen.

Begründung

Bei der ‘Offensive Altbauschutz’ handelt es sich um gemeinsame Kontrollgänge der Baupolizei, der Gruppe Sofortmaßnahmen und des Gesundheitsamtes, um den Bestand und den Zustand der Altbauten in unserer wunderbaren Stadt zu kontrollieren. Dies dient dazu, Missstände bei Bestandsgebäuden frühzeitig zu erkennen, um das Spekulieren mit Wohnraum zu unterbinden, den wichtigen und leistbaren Wohnraum in Altbauten zu sichern und gleichzeitig das Ortsbild zu wahren. Mittlerweile haben bereits Kontrollen in Mehren Wiener Bezirken stattgefunden und es wurden tausende Gebäude überprüft. In den nun vorgeschlagenen Gebieten befinden sich viele Altbauhäuser, die zT keinen guten Zustand aufweisen. Mehrere Medien berichteten bereits über verkommene Häuser innerhalb dieses Gebiets.

Anhang



Margareten Magazin: Transparenz und Demokratie

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Der Herr Bezirksvorsteher Michael Luxenberger möge sicherstellen, dass das vom Büro des Bezieksvorstehers vierteljährlich herausgegebene Margareten Magazin künftig allen in der Bezirksvertretung vertretenen Parteien demokratisch den Mandatsverhältnissen entsprechend und transparent die Möglichkeit zur inhaltlichen Mitwirkung einräumt.

Begründung

Das Margareten Magazin wird aus öffentlichen Mitteln finanziert und erreicht nahezu alle Haushalte im Bezirk. Damit ist es nicht nur ein Informationsmedium, sondern auch ein wichtiges Instrument der politischen Kommunikation. Wenn jedoch ausschließlich die derzeit regierende Partei die inhaltliche Gestaltung bestimmt, entsteht der Eindruck, dass es sich um ein parteipolitisches Sprachrohr handelt. Dies widerspricht dem Grundgedanken der politischen Fairness und der Gleichbehandlung aller demokratisch gewählten Vertreter:innen.

In einer Zeit, in der öffentliche Debatten zunehmend von einseitigen Darstellungen, verkürzten Botschaften und zweifelhaften Informationsquellen geprägt sind, ist es umso wichtiger, dass eine offizielle Publikation des Bezirks ein verlässliches und ausgewogenes Bild vermittelt.

Eine lebendige Demokratie lebt vom Austausch unterschiedlicher Positionen und von einem offenen Diskurs. Gerade auf Bezirksebene ist es wichtig, dass die Bürger:innen über die Vielfalt an Ideen, Konzepten und politischen Ansätzen informiert werden. Nur so können sie sich ein ausgewogenes Bild machen und fundierte Entscheidungen treffen.

Die Möglichkeit für alle Parteien, im Magazin mitzuwirken, trägt dazu bei, Transparenz zu erhöhen und das Vertrauen in die Bezirkspolitik zu stärken. Die Leser:innenschaft erhält dadurch ein umfassenderes und ausgewogeneres Informationsangebot, das nicht nur Erfolge der aktuellen Mehrheit darstellt, sondern auch Kritik, alternative Lösungswege und neue Vorschläge sichtbar macht.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Ing.ⁱⁿ Gabriele Strasser



Einrichtung temporärer Übergangsparkplätze im Bereich Naschmarkt in Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksräte:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, allen voran die MA46 und MA28, werden darum ersucht, dass im Umfeld des Naschmarkts – auf dem Gebiet von Margareten – temporäre Übergangsparkplätze eingerichtet werden, um die derzeit angespannte Parkplatzsituation abzufedern. *dafür soll weder Grünraum noch Freiraum herangezogen und die öffentliche Sicherheit nicht behindert werden.

Begründung

Rund um den Naschmarkt kommt es seit längerem zu einer erheblichen Parkplatznot. Diese Problematik verschärft sich insbesondere für Anrainer:innen und Gewerbetreibende im Bereich des 5. Bezirks. Durch die Einrichtung temporärer Übergangsparkplätze könnte die Situation zumindest übergangsweise verbessert werden, bis dauerhafte Lösungen für eine Entlastung gefunden sind.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Ing. Christian Bader

BR Savin Abraham, MA

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

BRin Mag.^a Ingrid Kurath

BRin Nadja Puttner

Begrünung der Baumscheibe vor der Volks- und Mittelschule Gassergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Margareten ersucht die zuständige Magistratsabteilung MA 42 zu überprüfen, ob die Baumscheibe vor der Volks- und Mittelschule Gassergasse bepflanzt werden kann.

Begründung

Begrünung von Bauscheiben werden von den Margareten:innen sehr positiv wahrgenommen. Sie sind nicht nur schön anzusehen und bringen Farbe in die Nachbarschaft, sondern sie nutzen auch der heimischen Artenvielfalt. Darüber hinaus haben sie auch einen kühlenden Effekt auf die Umgebung, fangen Staub ein und reduzieren damit die CO2 - Belastung. Die o.g. Baumscheibe ist nicht nur sehr groß, sondern auch komplett kahl. Die Umsetzung wäre damit ein weiterer Schritt in Richtung klimafittes Grätzel in Margareten, welcher darüber hinaus auch die Umgebung ästhetisch aufwertet.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Wolfgang Mitis

Elektronische Zeitanzeigen an Bushaltestellen in der Reinprechtsdorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Ulli Sima, wird ersucht, auf die Wiener Linien dahingehend einzuwirken, dass die Implementierung von elektronischen Anzeigen an folgenden Bushaltestellen in der Reinprechtsdorfer Straße forciert wird:

- die unterste Bushaltestelle „Reinprechtsdorfer Brücke“
- die oberste Bushaltestelle „Fendigasse“

Begründung

Elektronische Anzeigen insbesondere an Doppelhaltestellen wie den genannten, an denen jeweils mehrere Buslinien zusammenführen (12A, 14A), sind ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung und Erhöhung der Verweilqualität an einer so wichtigen Lebensader und Einkaufsstraße wie der Reinprechtsdorfer Straße. An der „mittleren“ Bushaltestelle auf Höhe Arbeitergasse ist bereits eine Anzeige installiert.

Anhang



Wohnstraße Embelgasse

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen – insbesondere die MA 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) sowie die MA 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) – werden ersucht, für den Abschnitt der Embelgasse (zwischen Margaretenstraße und Einsiedlerplatz) ein umfassendes Maßnahmenpaket zur effizienten Verkehrsberuhigung vorzulegen und umzusetzen.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte geprüft und nach Möglichkeit realisiert werden:

- Bauliche Maßnahmen zur konsequenten Reduktion der Durchfahrtsgeschwindigkeit (z. B. Gehsteigvorziehungen, Fahrbahnverengungen, zusätzliche Bodenmarkierungen)
- Deutliche Hervorhebung der bestehenden Wohnstraßen-Regelung durch zusätzliche Beschilderung und Piktogramme
- Evaluierung der Möglichkeit einer modalen Sperre, um den Durchzugsverkehr wirksam zu unterbinden
- Verstärkte Kontrollen und Bewusstseinsmaßnahmen zur Einhaltung der Wohnstraßen-Bestimmungen

Begründung

Die SPÖ Margareten setzt sich seit jeher für die Sicherheit und Lebensqualität der Menschen im Grätzl ein. Besonders Kinder, Schüler*innen, Familiengruppen und ältere Menschen sind im Straßenverkehr die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen und verdienen daher besonderen Schutz.

Dieser Abschnitt der Embelgasse ist zwar seit vielen Jahren als Wohnstraße ausgewiesen, doch in der Realität wird diese Regelung häufig ignoriert: Schrittgeschwindigkeit wird kaum eingehalten, und die Gasse wird regelmäßig als Durchzugsroute missbraucht. Das führt immer wieder zu gefährlichen Situationen und Beinaheunfällen – eine untragbare Situation, insbesondere weil hier die Embelgasse direkt in den Einsiedlerpark mündet, der einen Ballspielplatz (Käfig), einen Kindergarten und das Kinderfreibad integriert hat.

Eine nachhaltige Verkehrsberuhigung schützt nicht nur die Schwächsten, sondern erhöht die Lebensqualität aller BewohnerInnen. Sie sorgt für mehr Sicherheit, Ruhe und Aufenthaltsqualität im dicht bebauten Grätzl. Damit leisten wir einen aktiven Beitrag zu einem lebenswerten Margareten, in dem die Menschen – und nicht der Durchzugsverkehr – im Mittelpunkt stehen.

Resolution für ein gutes Miteinander zwischen Filmdrehs und Margaretner:innen

Die unterzeichneten Bezirksräte:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für ein gutes Miteinander zwischen den Verantwortlichen von Filmdreharbeiten und Margaretner:innen aus sowie dafür, dass bei Genehmigung und Durchführung von Filmdrehs die Interessen der Bewohner:innen und Filmschaffenden gleichermaßen berücksichtigt werden.

Begründung

Margareten ist ein lebendiger und vielfältiger Bezirk, der aufgrund seiner architektonischen Besonderheiten – etwa rund um den Margaretenplatz, das Schlosssquadrat, die Schloss- und Hofgasse oder den Margaretenhof – gerne als Kulisse für Filmproduktionen gewählt wird. Dies ist ein Gewinn für die Sichtbarkeit unseres Bezirks und unterstreicht seine kulturelle Bedeutung. Darüber hinaus sind zahlreiche Filmschaffende und Studios in Margareten ansässig, was einen zusätzlichen Mehrwert für die lokale Kultur- und Kreativwirtschaft darstellt.

Gleichzeitig bringen Filmdrehs organisatorische Herausforderungen mit sich. Straßensperren und Absperrungen können die Mobilität der Anwohner:innen einschränken, alltägliche Wege erschweren und insbesondere für ältere oder mobilitätseingeschränkte Menschen zusätzliche Belastungen verursachen.

Die Bezirksvertretung Margareten tritt daher für ein respektvolles und faires Miteinander ein. Ziel ist es, dass Filmschaffende weiterhin unter guten Bedingungen in Margareten arbeiten können und die Anwohner:innen gleichzeitig in ihrer Lebensqualität so wenig wie möglich beeinträchtigt werden.

BR. Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski

BRin Nadja Puttner

BRin Mag.^a Susanna Wouk-Djokovic

KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSÄTE IN MARGARETEN



Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Prüfung und mögliche Übernahme Gassergasse 12 (Zwangsverwaltung)

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 23.09. 2025 beschließen:

1. *Die zuständigen Stellen der Stadt Wien (insbesondere MA 37 – Baupolizei sowie Wiener Wohnen) werden aufgefordert, die Situation in der Gassergasse 12, 1050 Wien einer umfassenden Prüfung zu unterziehen und unverzüglich Schritte in Richtung einer möglichen Zwangsverwaltung einzuleiten.*

Begründung:

Die Eigentümer der Liegenschaft Gassergasse 12 verletzen in offensichtlicher Weise ihre **Erhaltungsverpflichtung nach § 3 MRG** (Mietrechtsgesetz). Dazu gehört u. a. die Pflicht, ernste Schäden des Hauses zu beheben, und das Haus in brauchbarem Zustand zu erhalten.

Die Sanierungsarbeiten am Objekt Gassergasse 12 wurden seit Monaten unterbrochen. Für die verbliebenen Altmüter herrschen untragbare Zustände: unverputzte Wände, massiver Taubenbefall, eindringendes Wasser in Wohnungen, sowie die unzureichende Sicherung gegenüber unbefugtem Zutritt (Nutzung durch Obdachlose). Die Gefährdung durch hygienische Missstände und Aufgabenvernachlässigung seitens der Eigentümer ist offensichtlich.

Bereits im Falle mehrerer Objekte der „Mauerwerk“-Gruppe musste die Stadt Wien eingreifen und eine gerichtliche Zwangsverwaltung durchsetzen. In Analogie dazu ist die Gassergasse 12 ebenso ein Fall, in dem die Stadt aktiv und im Interesse der Bewohner handeln sollte.

BR KO Dr. Fritz Simhandl

BR Andreas Schön

BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSÄTE IN MARGARETEN



Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Sofortmaßnahmen Reinigung & Absicherung Gassergasse 12

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 23.09. 2025 beschließen:

1. *Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, bei den zuständigen Magistratsabteilungen (insbesondere MA 48 – Abfallwirtschaft, MA 15 – Gesundheitsdienst, MA 37 – Baupolizei) vorstellig zu werden und dringend die Durchführung kurzfristiger Sicherungs-, Reinigungs- und Hygienemaßnahmen in der Liegenschaft Gassergasse 12 einzufordern.*
2. *Darüber hinaus werden die zuständigen Stellen der Stadt Wien aufgefordert, bei den zuständigen Magistratsabteilungen folgende weitergehenden Maßnahmen einzufordern:*
 - eine Grundreinigung des Stiegenhauses zu veranlassen,*
 - die Durchführung von Desinfektionsmaßnahmen im besonders betroffenen Bereichen durchzuführen,*
 - geeignete Taubenabwehrmaßnahmen zu installieren,*
 - die beschädigte Türen und Fenster provisorisch abzusichern, um unbefugten Zutritt zu verhindern.*

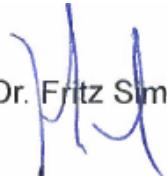
Begründung:

Im Haus Gassergasse 12 herrschen unhaltbare Zustände: großflächiger Taubenkot im Stiegenhaus, Wasserschäden mit Schimmelgefahr, verschmutzte allgemeine Flächen sowie die unzureichende Sicherung gegen unbefugten Zutritt. Die aktuellen Missstände stellen eine **unmittelbare Gesundheitsgefährdung** dar:

- Taubenkot und Tierkadaver im Haus (Gefahr von Krankheitserregern, Verstoß gegen § 4 Wiener Gesundheitsgesetz),
- Verschmutzte Allgemeinflächen und Sperrmüll (Pflichtverletzung nach § 3 MRG),

- Wasserschäden mit drohendem Schimmelbefall (gesundheitsschädlich, § 4 Wiener Gesundheitsgesetz),
- offenstehende und ungesicherte Zugänge (Verstoß gegen die Verkehrssicherungspflicht und potenzielle Gefahr für Bewohner und Kinder).

BR KO Dr. Fritz Simhandl



BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSÄTE IN MARGARETEN



Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Weitere Polizeiwachstuben für unseren Bezirk Wien-Margareten

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 23.09. 2025 beschließen:

„Die Bezirksvertretung Wien-Margareten spricht sich dafür aus, dass in unseren Bezirk Wien-Margareten weitere Polizeiwachstuben (Polizeistationen) eingerichtet werden.“

Begründung:

Was es in der aktuell katastrophalen Sicherheitssituation in der Bundeshauptstadt Wien und damit auch in unserem Bezirk Wien-Margareten braucht, sind zusätzliche Polizeiwachstuben, damit die Sicherheit unsere Bürgerinnen und Bürger wohnortnahe gewährleistet wird. Die Umsetzung der in der Bezirksvertretung beschlossenen zusätzlichen Polizeiwachstube im Bereich Gürtel ist immer noch nicht umgesetzt. Ganz im Gegenteil, es drohen Personalreduktion und Überstundenkürzungen für die Bundeshauptstadt Wien und unseren Bezirk. Das muss verhindert werden.

Bodenplatten zur Stromerzeugung aus kinetischer Energie

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS und der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23. September 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung von Bodenplatten zur Umwandlung kinetischer Energie in elektrische Energie (z. B. Pavegen-Technologie - <https://www.pavegen.com/>) in Margareten zu prüfen und ein Pilotprojekt einzuleiten. Die elektrische Energie soll dazu benutzt werden, um Beleuchtung im öffentlichen Raum zielgerichtet zu betreiben, wann immer diese benötigt wird.

Als mögliche Standorte für eine derartige Umsetzung werden insbesondere stark frequentierte Bereiche wie der Margaretenplatz, der Siebenbrunnenplatz, die Reinprechtsdorfer Straße im Umfeld der neuen U2-Station sowie der Zugang zum Naschmarkt bei der Kettenbrückengasse vorgeschlagen.

Begründung

Die Beleuchtung des öffentlichen Raums ist ein zentraler Bestandteil der städtischen Infrastruktur. Sie gewährleistet Sicherheit, Orientierung und Aufenthaltsqualität, geht jedoch mit einem hohen Energieverbrauch und steigenden Kosten einher.

Der Einsatz kinetischer Bodenplatten ermöglicht es, durch die Bewegungen von Fußgänger*innen elektrische Energie zu erzeugen und unmittelbar vor Ort nutzbar zu machen. An hochfrequentierten Standorten können so Straßenbeleuchtung, Informationsstellen oder kleinere elektronische Einrichtungen teilweise mit erneuerbarer Energie betrieben werden. Dies trägt zur Reduktion des Energieverbrauchs, zur Senkung von Betriebskosten sowie zur Erreichung der Klimaziele bei.

Darüber hinaus wird durch ein Pilotprojekt nicht nur technologische Innovationskraft demonstriert, sondern auch das Bewusstsein für nachhaltige Energieformen in der Bevölkerung gestärkt. Eine verlässlich betriebene Beleuchtung erhöht zudem die Aufenthaltsqualität und das Sicherheitsgefühl, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

KV Alexander Maly
für den ÖVP Klub

Bürger:innenbeteiligung für das Zentaplatzgrätzl

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23. September 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, einen Beteiligungsprozess zur Attraktivierung des Zentaplatzes und des Zentaplatzgrätzl mit dem Zeithorizont 2026 einzuleiten.

Im September 2021 wurde auf Initiative von NEOS und SPÖ ein Antrag zur Umgestaltung des Zentaplatzes in der Bezirksvertretung Margareten einstimmig beschlossen und dieser kurz darauf vom Magistrat in einer Stellungnahme sehr positiv beschieden.

Begründung

Der Zentaplatz ist eine der wenigen Flächenreserven in Margareten, die die Möglichkeit zur Entwicklung in einen modernen Grätzlplatz bietet. Das bestätigt nun auch der "Entwicklungsplan Öffentlicher Raum für Wieden, Margareten und Mariahilf" (2022) der MA 19. Dort wird der Zentaplatz im Strategiekonzept als Entwicklungsmöglichkeit für einen Grätzlplatz angeführt (S. 95 ebendort).

Zentaplatz und Zentapark, angelegt auf der Dachfläche eines Parkhauses, bilden ein Ensemble und werden derzeit geteilt durch die Zentagasse. Am Platz befindet sich Gastronomie, Handel und ein attraktiver, großkroniger Altbaubestand, dessen Schutz den Menschen vor Ort sehr wichtig ist. Es gibt derzeit am Platz wenig Grünflächen und keine sinnvolle Gliederung oder ansprechende Aufenthaltszonen. Die Nebenfahrbahn nimmt einen Großteil der Freifläche ein. Die Zentagasse dient ortskundigen Autofahrer:innen als Schleichroute Richtung Stadtausfahrt. Daher ist auf der Zentagasse viel Verkehr.

Eine zukunftsorientierte Nutzung könnte im Rahmen eines Beteiligungsprozesses den Anrainer:innen zur Debatte gestellt werden. Schon bei der mutigen Neugestaltung des Siebenbrunnenplatzes 2000, bei der mehrere Fahrbahnen aufgelassen wurden um einen neuen Grätzlplatz im dicht verbauten und verparkten Margareten zu ermöglichen, hat sich erwiesen, wie rasch sich die Margartner:innen neue Grätzlplätze aneignen.

Nun möchten wir mit dem aktuellen Antrag einen breit angelegten Beteiligungsprozess ermöglichen, um eine nachhaltige und zukunftsorientierte Neugestaltung des Zentaplatz-Grätzls als lebenswerten öffentlichen Raum zu erarbeiten.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Mikrofreiraum Christophgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS und der Grünen Alternative Margareten stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23. September 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Planung und Umsetzung eines autofreien Mikrofreiraums im Bereich der Christophgasse zu prüfen und einzuleiten.

Ein Mikrofreiraum ist eine kleine, vom motorisierten Verkehr befreite Fläche, die durch Begrünung, Möblierung und klimawirksame Maßnahmen Erholung, Begegnung und Aufenthaltsqualität bietet.

Ähnlich den von der Stadt Wien angekündigten Gartenstraßen würde ein solcher Raum die Lebensqualität erhöhen, die Verkehrssicherheit verbessern und aktive Mobilität wie Gehen und Radfahren fördern. Zudem trägt er durch Entsiegelung und Begrünung zur Klimawandelanpassung bei.

Begründung

Der öffentliche Raum in innerstädtischen Wohngebieten ist ein wertvolles Gut, das zunehmend unter dem Druck des motorisierten Verkehrs leidet.

Die Christophgasse ist bereits als Wohnstraße gewidmet und weist nur sehr geringen Autoverkehr auf. Ein autofreier Mikrofreiraum in diesem Bereich würde daher konsequent an die bestehende Nutzung anschließen, die Lebensqualität für die Bewohner*innen deutlich erhöhen, die Verkehrssicherheit – insbesondere für Kinder und ältere Menschen – verbessern und neue Grün- und Aufenthaltsräume schaffen.

Mit der jüngst von der Stadt Wien angekündigten Einführung sogenannter Gartenstraßen wird deutlich, dass es ein wachsendes politisches und gesellschaftliches Bewusstsein für die Notwendigkeit solcher Maßnahmen gibt. Gartenstraßen sollen Straßenräume in grüne, sichere und klimafreundliche Aufenthaltsbereiche verwandeln und bieten damit eine direkte Parallel zu den hier vorgeschlagenen Maßnahmen.

Die Christophgasse könnte in diesem Sinne als Vorreiterprojekt im Bezirk dienen und zeigen, wie durch Entsiegelung, Begrünung und Verkehrsberuhigung ein lebendiges, klimaresilientes Grätzl entsteht.

Maßnahmen dieser Art tragen wesentlich zur Erreichung der Klimaziele, zur Reduktion von Lärm- und Luftbelastung sowie zur Förderung aktiver Mobilitätsformen wie Gehen und Radfahren bei.



Durch Entsiegelung und Begrünung wird zudem ein Beitrag zur Klimawandelanpassung geleistet, indem Überhitzung im Sommer reduziert und die Aufenthaltsqualität gesteigert wird.

Vergleichbare Projekte in anderen Bezirken Wiens zeigen, dass solche Maßnahmen breite Akzeptanz in der Bevölkerung finden und langfristig den sozialen Zusammenhalt in den Grätzln stärken.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

KV Julia Fritz
für den Grünen Klub

Gebärdensprachendolmetsch für mehr politische Teilhabemöglichkeit

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23. September 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, für öffentliche Sitzungen der Bezirksvertretung die Dolmetschung in Gebärdensprache umzusetzen. Die Gebärdensprachendolmetschung soll künftig auch auf dem Livestream der Bezirksvertretungssitzungen zu sehen sein.

Begründung

Mit der Reform der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen ist es nun möglich, öffentlichen Sitzungen Gebärdensprachdolmetscher:innen beizuziehen. Diese Möglichkeit gilt es aktiv zu nutzen, um sicherzustellen, dass auch gehörlose Menschen und Menschen mit Hörbeeinträchtigungen Zugang zu den politischen Diskussionen und Entscheidungsprozessen in den Bezirken haben.

Barrierefreiheit ist eine Grundvoraussetzung für Teilhabe. Politik muss für alle Bürger:innen zugänglich sein – unabhängig von individuellen Einschränkungen. Der Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher:innen trägt dazu bei, die Transparenz politischer Prozesse zu erhöhen, demokratische Teilhabe zu fördern und einen wichtigen Beitrag zu einer inklusiven Gesellschaft zu leisten.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Wiederaufnahme des Klimabeirats in Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23. September 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Der Bezirksvorsteher, Herr Michael Luxenberger, wird ersucht, die Errichtung eines Klimabeirates in Margareten, nach dem Vorbild und im Sinne des Leitbildes des bereits bestehenden Klimabeirates in Mariahilf zu überprüfen und – sofern zweckmäßig – dessen Wiederaufnahme in Margareten zu veranlassen. Dabei soll insbesondere geprüft werden, in welcher Form eine breite Einbindung von Expert:innen, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft sowie engagierten Bürger:innen gewährleistet werden kann, um nachhaltige, praxisnahe und wirksame Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung für Margareten zu entwickeln.

Begründung

Um in der Klimapolitik effizient, treffsicher und überparteilich zusammenzuarbeiten, ist die Einrichtung eines Klimabeirates im Bezirk notwendig. Ein solcher Beirat, in dem alle Fraktionen, Expert:innen sowie Vertreter:innen der Stadt Wien eingebunden sind, schafft die Grundlage, gemeinsame Projekte zu entwickeln und umzusetzen, die tatsächlich spürbare Wirkung im Kampf gegen den Klimawandel entfalten. Ohne eine koordinierte Herangehensweise droht die Gefahr, dass der Fokus auf das große Ganze verloren geht und lediglich vereinzelte Kleinstprojekte realisiert werden. Gerade Wien – und hier insbesondere Margareten – ist aufgrund seiner dichten Besiedelung und der vergleichsweisen geringen Anzahl an Grün- und Abkühlungsflächen besonders stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Im Sinne aller in Margareten lebenden Menschen und Tiere braucht es daher langfristig angelegte, gut durchdachte Projekte, die mit wissenschaftlicher Expertise begleitet werden und dazu beitragen, die gravierenden negativen Folgen des Klimawandels einzudämmen, abzumildern und soweit möglich zu verlangsamen.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Evaluierung der Sicherheitslage in der Zentagasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS und der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23. September 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, eine Sozialraumanalyse zum Sicherheitsempfinden in der Zentagasse, insbesondere unter dem Mitwirken der Gewerbetreibenden der Erdgeschosslokale durchzuführen und bei Bedarf die notwendigen Maßnahmen gemeinsam zu setzen. Es wird ersucht über die Ergebnisse der Analyse in der Kommission für Soziales zu berichten.

Begründung

Anrainer:innen und insbesondere Geschäftstreibende berichten von einer zunehmend bedrohlichen Sicherheitslage in der Zentagasse. Das subjektive Sicherheitsgefühl der dort lebenden und arbeitenden Menschen ist bereits seit geraumer Zeit erheblich beeinträchtigt. Nach Schilderungen der Anrainer:innen stellt die derzeitige Situation eine massive Belastung ihres Alltags dar. Genannt werden vor allem Ansammlungen von Personen mit offensichtlichen Sucht- oder Obdachlosigkeitserfahrungen, verbunden mit Lärm, Verunreinigungen und Konflikten im öffentlichen Raum.

Sowohl das subjektive als auch das objektive Sicherheitsempfinden der Menschen in Margareten ist uns ein zentrales politisches Anliegen. Gerade in so sensiblen Bereichen, die tief in die persönliche Lebenssphäre eingreifen, darf die Politik nicht wegsehen, sondern muss aufmerksam hinsehen und entschieden handeln.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

KV Alexander Maly
für den ÖVP Klub

Überprüfung der Verkehrstüchtigkeit von E-Scootern

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS, der SPÖ und der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23. September 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, durch regelmäßige Stichproben die Verkehrstüchtigkeit der elektrischen Leihroller (E-Scooter) in Wien zu überprüfen.

Begründung

Elektrische Leihroller sind aus dem Wiener Stadtbild nicht mehr wegzudenken – gleichzeitig mehren sich die Beschwerden über deren technischen Zustand. Viele Geräte weisen nach kurzer Einsatzzeit gravierende Abnutzungerscheinungen auf: abgefahrene Reifen, ausgeschlagene Lenkungen oder beschädigte Bremsen sind keine Seltenheit. Solche Mängel sind nicht nur ein Ärgernis, sondern eine konkrete Gefahr für Fahrerinnen und Fahrer wie auch für andere Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Die Betreiberfirmen haben ein nachvollziehbares wirtschaftliches Interesse, die Roller möglichst lange im Einsatz zu halten. Sicherheit bleibt dabei oft auf der Strecke. Es ist daher notwendig, dass die Stadt Wien nicht allein auf die Eigenverantwortung der Anbieter vertraut, sondern selbst aktiv für Kontrolle sorgt. Regelmäßige stichprobenartige Überprüfungen durch die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien schaffen Sicherheit, erhöhen das Vertrauen der Bevölkerung und verhindern Unfälle, die durch technisch mangelhafte Fahrzeuge verursacht werden könnten.

Gerade in einer dicht bebauten Stadt wie Wien, wo Radwege, Gehwege und Fahrbahnen von vielen unterschiedlichen Gruppen genutzt werden, ist es Aufgabe der Stadt, für ein Mindestmaß an technischer Sicherheit zu sorgen. Wien soll Vorreiter sein und klarstellen: diversifizierte Mobilität ja – aber nicht auf Kosten der Sicherheit.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

KV Klaus Mayer
für den SPÖ Klub

KV Alexander Maly
für den ÖVP Klub

Mikrofreiraum Zeuggasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS und der Grünen Alternative Margareten stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23. September 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Planung und Umsetzung eines autofreien Mikrofreiraums im Bereich der Zeuggasse zu prüfen und einzuleiten.

Ein Mikrofreiraum ist eine kleine, vom motorisierten Verkehr befreite Fläche, die durch Begrünung, Möblierung und klimawirksame Maßnahmen Erholung, Begegnung und Aufenthaltsqualität bietet.

Ähnlich den von der Stadt Wien angekündigten Gartenstraßen würde ein solcher Raum die Lebensqualität erhöhen, die Verkehrssicherheit verbessern und aktive Mobilität wie Gehen und Radfahren fördern. Zudem trägt er durch Entsiegelung und Begrünung zur Klimawandelanpassung bei.

Begründung

Der öffentliche Raum in innerstädtischen Wohngebieten ist ein wertvolles Gut, das zunehmend unter dem Druck des motorisierten Verkehrs leidet.

Die Zeuggasse ist bereits als Wohnstraße gewidmet und weist nur sehr geringen Autoverkehr auf. Ein autofreier Mikrofreiraum in diesem Bereich würde daher konsequent an die bestehende Nutzung anschließen, die Lebensqualität für die Bewohner*innen deutlich erhöhen, die Verkehrssicherheit – insbesondere für Kinder und ältere Menschen – verbessern und neue Grün- und Aufenthaltsräume schaffen.

Mit der jüngst von der Stadt Wien angekündigten Einführung sogenannter Gartenstraßen wird deutlich, dass es ein wachsendes politisches und gesellschaftliches Bewusstsein für die Notwendigkeit solcher Maßnahmen gibt. Gartenstraßen sollen Straßenräume in grüne, sichere und klimafreundliche Aufenthaltsbereiche verwandeln und bieten damit eine direkte Parallel zu den hier vorgeschlagenen Maßnahmen.

Die Zeuggasse könnte in diesem Sinne als Vorreiterprojekt im Bezirk dienen und zeigen, wie durch Entsiegelung, Begrünung und Verkehrsberuhigung ein lebendiges, klimaresilientes Grätzl entsteht. Maßnahmen dieser Art tragen wesentlich zur Erreichung der Klimaziele, zur Reduktion von Lärm- und Luftbelastung sowie zur Förderung aktiver Mobilitätsformen wie Gehen und Radfahren bei.

Durch Entsiegelung und Begrünung wird zudem ein Beitrag zur Klimawandelanpassung geleistet, indem Überhitzung im Sommer reduziert und die Aufenthaltsqualität gesteigert wird.

Vergleichbare Projekte in anderen Bezirken Wiens zeigen, dass solche Maßnahmen breite Akzeptanz in der Bevölkerung finden und langfristig den sozialen Zusammenhalt in den Grätzln stärken.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

KV Julia Fritz

für den Grünen Klub



Eine Gartenstraße für Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksräte:nnen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Margareten ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien eine der geplanten Gartenstraßen möglichst rasch in Margareten einzurichten und zwar westlich der Reinprechtsdorfer Straße und damit auch diesen Teil von Margareten für die Bewohner:innen attraktiver zu gestalten.

Begründung

Die Stadt Wien plant gerade 25 Gartenstraßen in Wien neu zu errichten. Es ist davon auszugehen, dass in Margareten, einem der am dichtesten verbauten und heißesten Bezirke der Stadt eine Gartenstraße vorgesehen wird.

Dabei ist KPÖ/LINKS wichtig, dass diese in dem Teil des Bezirkes errichtet wird, der von vielen sozial benachteiligten Margareten:innen bewohnt wird. Dort sind die Wohnungen besonders schlecht gegen die sommerliche Hitze ausgerüstet und das Verweilen im öffentlichen Raum daher eine wichtige Entlastung der Bewohner:innen.

Für KPÖ & LINKS Margareten

Claudia Kriegsteiner
Klubobfrau

BR Camilla Gerstner

BR DI Wolf-Goetz Jurjans

KPÖ & LINKS MARGARETEN

Radfahren gegen die Einbahn in der Josef-Schwarz-Gasse

Die unterzeichnenden Bezirksräte:nnen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, zu prüfen, ob es in der Josef-Schwarz-Gasse verkehrstechnisch möglich ist, das Radfahren gegen die Einbahn zu erlauben und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Begründung

An einigen Stellen ist es in Margareten bereits erlaubt mit dem Rad gegen die Einbahn zu fahren und dies erlaubt eine ökologisch und gesundheitlich ausgezeichnete Fortbewegungsart attraktiver zu machen.

Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Kriegsteiner
Klubobfrau

BR Camilla Gerstner

BR DI Wolf-Goetz Jurjans



+ SPÖ

Schließfächer für wohnungslose Menschen

Die unterzeichnenden Bezirksrätnnen von KPÖ/LINKS, SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, in Margareten Schließfächer für wohnungslose Menschen zum Beispiel in der Nähe der U-Bahnstation Pilgramgasse zu errichten. Die Schlüssel dafür sollen von entsprechenden Stellen kostenlos oder gegen eine geringe Kautionsgebühr ausgegeben werden.

Begründung

Trotz der Einrichtungen für wohnungslose Menschen, steigt die Zahl derer, die auf der Straße leben – auch in Margareten sichtbar. Für Menschen, die aktuell auf der Straße leben, ist es oft problematisch ihre – wenigen – Habseligkeiten und behördlichen Papiere sicher aufzubewahren. Persönliche Schließfächer, die entsprechend gestaltet und gut zugänglich sind, können hier helfen.

Für KPÖ & LINKS Margareten

Claudia Kriegsteiner
Klubobfrau

BR Camilla Gerstner

BR DI Wolf-Goetz Jurjans



Wir alle sind Peršmanhof

Die unterzeichnenden Bezirksräte:nnen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.09.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten verurteilt den skandalösen polizeilichen Überfall auf das antifaschistische Camp in der Gedenkstätte Peršmanhof in Kärnten / Koroška.

Antifaschismus ist keine Straftat und darf es auch nicht werden!

Wir treten für eine umfassende, unabhängige Aufklärung des Einsatzes und disziplinarrechtliche Konsequenzen für die Verantwortlichen ein.

Wir halten eine Entschuldigung von den verantwortlichen Behörden bei den Betroffenen und bei den Nachfahren der Verfolgten für unabdingbar.

Wir treten für historische Schulungen in der Exekutive ein, die den verfassungskonformen antifaschistischen Auftrag an alle Behörden in Österreich verankern.

Wir treten für die finanzielle Absicherung des Museums als Gedenkstätte und Museum ein.

Begründung

Mit unglaublichem Aufwand – 30 schwerbewaffnete Polizeibeamte mit Einsatzwagen, Hubschrauber und Drohnen – stürmte die Kärntner Polizei am 27.07.2025 das Gelände des Peršmanhofs. Ohne Durchsuchungsbeschluss und mit irrwitzigen Begründungen wurde ein antifaschistisches Seminar abgebrochen und die Teilnehmer:innen 4 Stunden lang perlustriert.

»Verstoß gegen die Würde« (!) der Gedenkstätte, gegen »Naturschutzbestimmungen« und gegen die „Campierordnung“ wurde argumentiert. Der Einsatz war offensichtlich ein Einschüchterungsversuch, gerichtet gegen die am Peršmanhof versammelten Jugendlichen, und kann nur vor dem Hintergrund einer in Kärnten/ Koroška zunehmenden erinnerungspolitischen Auseinandersetzung verstanden werden.

In dieser Auseinandersetzung verliert die traditionelle deutsch-nationale und nazi-affine Kärntner Rechte in jüngster Zeit an Boden. Dazu haben weitverzweigte erinnerungspolitische Initiativen und Aktivitäten in diesem Bundesland beigetragen, die fortschrittlichen Änderungen in der Leitungsstruktur und des Programms des Landesmuseums (kaernten.museum), und eben auch das schon lange Jahre hindurch wirkende Peršman-Museum des antifaschistischen Widerstands mit tausenden Besucherinnen und Besuchern

aus ganz Europa. Der polizeiliche Übergriff gegen den Peršmanhof ist unter diesem Gesichtspunkt ein Racheakt der Hüter der erinnerungspolitischen Kärntner Nacht. Die unglaubliche Massivität des Einsatzes ist dabei unabdingbarer Bestandteil, um ein imageschädigendes Bild zu erzeugen, dass der Peršmanhof Ort schwer verdächtiger Umtriebe sei.

Nachdem der Einsatz Kritik und Proteste hervorgerufen hatte, will es keiner gewesen sein: der Bezirkshauptmann selbst war nach eigener Aussage lediglich assistenzweise anwesend, der Einsatzleiter habe nur Anweisungen befolgt.

Das Innenministerium ist verantwortlich, die Vorgänge aufzuklären und Maßnahmen zum Schutz von antifaschistischen Gedenkstätten und Veranstaltungen zu treffen. Insbesondere im Gedenkjahr 2025.

Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau

BR Camilla Gerstner

BR DI Wolf-Goetz Jurjans

Die Wiener Volkspartei

Margareten

Gleisbarrieren in UStraBa Stationen

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretung am 23.09.2025 gemäß §24 GO-BV folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Ulli Sima sowie die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht durch bauliche Maßnahmen wie z.B. Zäune in den UStraBa Stationen insbesondere Laurenzgasse sowie Blecheturmgasse das Überschreiten der Gleise zu verunmöglichen.

Begründung

In den letzten Wochen und Monaten konnte vermehrt beobachtet werden, dass in den Stationen der unterirdisch geführten Straßenbahnenlinien, 62, 18, 6, 1 sowie der Lokalbahn nach Baden trotz vorhandener Hinweisschilder die Gleise im Stationsbereich überschritten werden. Dies stellt eine erhebliches Gefährdungspotenzial dar und ist auch den Fahrerinnen und Fahrern der betroffenen Linien nicht zumutbar, da eine Stationssicht durch die teils kurvigen bzw. mit Neigung versehenen Tunnel teilweise erst knapp vor Stationseinfahrt möglich ist. Eine einfache, kostengünstige und anscheinend auch effektive Möglichkeit dies zu unterbinden stellen, die an Stationen wie z.B. Eichenstraße installierten Barrieren



Die Wiener Volkspartei

Margareten

dar.

Es wäre daher insbesondere in der Station Laurenzgasse eine Installation dementsprechender Ketten oder Zäune zeitnah dringend gefordert.

Für den Klub

KO BzR Alexander Maly

BzR Maria Böhm

Die Wiener Volkspartei

Margareten

Maßnahmen zur Eindämmung von Mäusegerste (*Hordeum murinum*) zum Schutz von Hunden und anderen Haustieren

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Margareten stellen zur Bezirksvertretung am 23.09.2025 gemäß §24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht die Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Eindämmung von Mäusegerste (*Hordeum murinum*) auf öffentlichen Flächen im Gemeindegebiet z.B. Parks und weitere Grünflächen zu prüfen und umzusetzen. Angedacht wären z.B.:

1. stark betroffene Flächen regelmäßig zu kontrollieren und zu pflegen (rechtzeitiges Mähen oder Entfernen der Mäusegerste vor der Samenreife),
2. Bürgerinnen und Bürger durch Hinweisschilder oder Informationsblätter über die Gefahren für Hunde aufzuklären,
3. bei der Pflege öffentlicher Grünflächen alternative Bepflanzungen oder Maßnahmen zu prüfen, die das Aufkommen von Mäusegerste eindämmen.

Mit diesen Schritten können die Sicherheit und Gesundheit von Hunden, anderen Haustieren und auch spielenden Kindern deutlich erhöht werden.

Begründung

Mäusegerste ist eine weit verbreitete Wildgrasart, die insbesondere in den Sommermonaten eine ernsthafte Gefahr für Hunde und andere Haustiere darstellt. Die spitzen Grannen der Pflanze können leicht in Ohren, Augen, Nase oder Pfoten der Tiere eindringen. Dies führt nicht selten zu schmerzhaften Verletzungen, Entzündungen und im schlimmsten Fall zu operativen Eingriffen. Auch für spielende Kinder besteht ein Verletzungsrisiko.

Für den Klub

KO BzR Alexander Maly

BzRin Maria Böhm

Zusatznutzen des neuen Plastikflaschen & Aludosen Pfandsystems

Die unterzeichneten Bezirksrättinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.06.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die MA 48 und MA 28, werden ersucht, zu überprüfen, inwieweit sich bei den Margaretner Altstoffsammelstellen, insbesondere bei den Gelben Tonnen, die Auslastung durch die Einführung des neuen Pfandsystems auf Plastikflaschen und Aludosen verändert hat und ggf. den durch nicht mehr notwendige einzelne Gelbe Tonnen freiwerdenden Platz anderen Bestimmungen (z.B. Baumpflanzungen) zuzuführen.

Begründung

Leichtverpackungen werden in der Gelben Tonne gesammelt. Leichtverpackungen bestehen meist aus Plastik oder Metall (Aluminium oder Weißblech). Auch Verbundstoffe, zum Beispiel Getränkekartons, zählen zu den Leichtverpackungen. Seit 1. Jänner 2025 werden Getränke-Einwegverpackungen mit Pfandlogo bei allen Verkaufsstellen zurückgenommen, an denen sie ausgegeben wurden. In den letzten Jahren erfolgten sehr viele zusätzliche Aufstellungen von Gelben Tonnen an den einzelnen Standorten. An vielen Standorten befinden sich nun drei oder mehr Gelbe Tonnen. Es soll überprüft werden, ob dieser Ausbau der letzten Jahre nun weiterhin nötig ist. Die Standorte selbst sind nicht Gegenstand des Antrags.

BR Mag. Klaus Mayer, MA BR Wolfgang Mitis BRin Mag.^a Susanna Wouk-Djokovic
Klubvorsitzender

Digitale Amtstafel für Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. Juni 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, insbesondere die MA01 und MA19, werden ersucht, die Errichtung einer digitalen Amtstafel an der Außenseite des Amtshauses und an zumindest zwei weiteren zentralen Stellen im Bezirk oder Verkehrsknotenpunkten (z.B. den Margaretenplatz, Siebenbrunnenplatz oder Arbeitergasse) zu prüfen und in die Wege zu leiten.

Begründung

In mehreren Gemeinden Österreichs existieren bereits digitale Amtstafeln, die eine umfassende Information der Bürger:innen ermöglicht. So kann der Bezirk neben der Erfüllung seiner Informationspflichten etwa auch über Veranstaltungen im Bezirk berichten oder Neuigkeiten aus dem Bezirk zentral einsehbar machen. Durch die Platzierung nahe eines Verkehrsknotenpunktes, kann die Wartezeit von Nutzer:innen des Öffentlichen Verkehrs oder bei ihrem gewöhnlichen Aufenthalt zur Information über das Geschehen im Bezirk genutzt werden.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern